



© privat

Ilker Deniz Yücel, 1973 als Kind türkischer Einwanderer in Flörsheim am Main geboren und seit Mai 2015 Türkei-Korrespondent der *Welt*. Hat an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft studiert und vor seinem Wechsel zur *Welt* als Redakteur der *tageszeitung* und zuvor der Wochenzeitung *Jungle World* sowie als freier Autor für verschiedene Medien gearbeitet. Mitgründer der preisgekrönten antirassistischen Leseshow *Hate Poetry*. 2014 erschien in der Edition Nautilus sein erstes Buch *Taksim ist überall – Die Gezi-Bewegung und die Zukunft der Türkei* (erweiterte Neuauflage April 2017). Wurde 2011 mit dem Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik und 2017 mit dem Theodor-Wolff-Preis ausgezeichnet. Im Februar 2017 wurde Deniz Yücel in Istanbul verhaftet und sitzt seither im Hochsicherheitsgefängnis Silivri Nr. 9. Dort heiratete er seine Lebensgefährtin, die Fernsehproduzentin und Lyrikerin Dilek Mayatürk.

Auch bei den dönerkritischen Anschlägen des NSU hat der Verfassungsschutz keineswegs geschlafen. Er war hautnah dran, im Internetcafé in Kassel zum Beispiel. Allenfalls hat er es versäumt, rechtzeitig darauf hinzuweisen, dass womöglich Neonazis bei diesen imbisskritischen Aktivitäten eine gewisse Rolle spielen könnten. Doch der Verfassungsschutz muss Prioritäten setzen. Und die Behörde hat ihr Missgeschick ja letztlich eingesehen und mit einer gezielten aktenkritischen Aktion die Sache aus der Welt geräumt. Und bei dieser Hamburger Wohngemeinschaft mit diesem wolkenkratzerkritischen Mohammed – nun, da hat ja niemand was geahnt, wie auch?

Mögen nun anlässlich der Strafanzeige gegen das Blog *Netzpolitik* verfassungsschutzkritische Querulanten wieder darüber streiten, ob es sich beim Verfassungsschutz um die dümmste oder die gefährlichste Behörde Deutschlands handelt, lautet die Wahrheit: Die Verfassung braucht Schutz, sonst ist sie ungeschützt. Doch auch der Verfassungsschutz braucht Schutz, um seine verfassungsmäßige Aufgabe zu erfüllen und die Verfassung zu schützen, die sonst schutzlos wäre. Und dafür muss der Verfassungsschutz alle nötigen Mittel (V-Leute, Google) uneingeschränkt einsetzen können. Es ist bezeichnend, dass ausgerechnet diejenigen, die gar nicht genug Umwelt-, Daten- und Minderheitenschutz kriegen können, beim Thema Verfassungsschutzschutz so kläglich versagen.

Kurz: Hätte es schon 1933 einen Verfassungsschutz gegeben, er hätte davor gewarnt, dass Rechtsextremisten judenkritische Kundgebungen für ihre Absichten ausnutzen wollen. Und alles wäre gutgegangen.

Die Welt ist kein Zoo

Arzu Özmen wurde von ihren Geschwistern ermordet. Im November 2011 verschleppten sie die 18-Jährige aus der Wohnung ihres Freundes Alexander in Detmold. Angeblich wollten sie sie zu einem Onkel in Hamburg bringen, zwei Monate später wurde Arzus Leiche in einem Waldstück bei Lübeck gefunden. Man hatte sie mit zwei aufgesetzten Kopfschüssen hingerichtet.

Für das Landgericht Detmold ein klarer Ehrenmord. In der vorigen Woche fiel das Urteil: Lebenslänglich für den Todesschützen Osman, zehn Jahre Haft für den Bruder Kirer und die Schwester Şirin, die im Auto mitfuhren, fünfeinhalb Jahre für die Brüder Kemal und Elvis, die nur anfangs beteiligt waren.

In der *taz* war über das Schicksal der Arzu Özmen bislang nur Folgendes zu lesen: Polizei bittet die Türkei um Amtshilfe (20 Zeilen), vermisstes Mädchen tot aufgefunden (31 Zeilen), Prozessbeginn (64 Zeilen), Urteilsverkündung (90 Zeilen, nur online). Kein Porträt, kein Kommentar, überhaupt kein eigener Text, ausschließlich Agenturmeldungen.

Nun muss man darin nicht unbedingt einen Vorsatz sehen. Die Frage, ob, wie und in welchem Umfang eine Zeitung ein Thema behandelt, wird häufig vom Zufall bestimmt. Doch nicht jedes unabsichtlich zustande gekommene Ergebnis ist auch ein zufälliges. Und ganz sicher gibt es im linken und linksliberalen Milieu, aber auch unter vielen Feministinnen und emanzipierten Deutschtürkinnen oder Deutscharaberinnen, eine Scheu,

sich mit Ehrenmorden und Zwangsehen zu beschäftigen.

Die Gründe sind naheliegend: Weil das Thema Leuten nützt, die früher »Ausländer raus« geschrien haben und sich heute als »Islamkritiker« ausgeben, aber – wie die Spackos von Pro NRW – dieselben ordinären Rassisten geblieben sind. Weil schon der Kolonialismus, wie Frantz Fanon notiert, gern mit der Unterdrückung von Frauen argumentiert hat, um seine Herrschaft zu rechtfertigen. Weil der Diskurs über patriarchale Verhältnisse unter Einwanderern oft in einem pauschalisierenden, selbstgerechten und altväterlichen Ton geführt wird, den sich die meisten emanzipierten Türkinnen oder Araberinnen verbitten. Weil man kulturalistische Sympathien für exotische Völker und fremde Gebräuche pflegt. Einige dieser Gründe sind gut, andere nicht. Falsch sind sie allesamt.

Doch zunächst ein Wort zum Begriff Ehrenmord, den manche ablehnen, weil er einer schändlichen Tat etwas Achtbares zubilligt. Aber so kaputt, archaisch und bekloppt ein Ehrenkodex ist, der Menschen dazu bringt, ihre Töchter oder Schwestern umzubringen, ist der Verweis auf das Motiv – die Ehre – notwendig. Diesen Hinweis zu tilgen bedeutet, das Besondere der Tat zu verwischen.

Arzu fiel also einem Ehrenmord zum Opfer. Und ihr Schicksal ist aufschlussreich für die gesamte Debatte.

Denn bei den Özmen, die vor über zwanzig Jahren aus der Türkei nach Deutschland gekommen waren, handelte es sich, wie Annette Ramelsberger in einer exzellenten Reportage in der *Süddeutschen Zeitung* dargestellt hat, um eine bestens »integrierte« Familie. Abitur gemacht hatte nicht die Ausreißerin Arzu, sondern die ältere Schwester Şirin. Diese arbeitete in der Detmolder Stadtverwaltung und nutzte ihre Kontakte und Zugänge zu städtischen Datenbanken dazu, die untergetauchte Arzu ausfindig zu machen. Die Brüder hatten Handwerksberufe gelernt und engagierten sich in der Freiwilligen Feuerwehr. Die Familie hatte es zu bescheidenem Wohlstand gebracht.

Der Fall widerlegt die verbreitete Annahme, Bildung sei der »Schlüssel zur Integration«, er widerspricht sogar der Annahme, dass es um »Integration« geht – mehr »Integration« als Freiwillige Feuerwehr Detmold geht nicht. Der Fall widerspricht der These, dass solche Verbrechen etwas mit Armut zu tun hätten. Er überführt die reflexhaft vorgetragene – und zynische – Behauptung, dass Ehrenmorde und Zwangsehen nichts mit Religionen zu tun hätten, sondern Ausdruck patriarchaler Verhältnisse seien, die im Übrigen auch in anderen Gesellschaften herrschten.

Sicher gibt es auch andernorts patriarchale Verhältnisse. Und sicher dürften sich die Tatmotive bei einem Mord an der eigenen Ehefrau meist ähneln – und zwar unabhängig davon, ob der Mörder seine Tat mit seiner verletzten Ehre rechtfertigt. Und natürlich unabhängig davon, dass hierzulande eine solche Tat nur dann als Ehrenmord gilt, wenn der Täter Mustafa oder Mohammed heißt, aber unter »Familiendrama« firmiert, sofern der Mörder auf den Namen Willi oder Stefan hört.

Aber dass Geschwister oder Väter einen Mord begehen, weil sie einen archaischen Ehrenkodex verletzt sehen, ist im 21. Jahrhundert nur in bestimmten Kulturkreisen verbreitet – und in anderen nicht. 9,5 Prozent aller Mädchen, die sich im Jahr 2008 in Deutschland wegen einer bevorstehenden Zwangsverheiratung an Beratungseinrichtungen

wandten, stammten aus jesidischen Familien (und 83 aus muslimischen), obwohl der Anteil von Jesiden in Deutschland im Promillebereich liegt.

Gleichwohl widerspricht der Fall Arzu der beliebten Übung, Ehrenmorde direkt aus dem Koran herzuleiten. Denn die Özmens sind deutsch-kurdische Jesiden; eine uralte Religionsgemeinschaft, die sexuelle Beziehungen zu Angehörigen anderer Religionen als Abfall vom Glauben wertet. Ehen sind nur unter Jesiden erlaubt – in der strengen Auslegung sogar nur jeweils innerhalb der drei jesidischen Kasten.

An dieser Doktrin hält auch der »Zentralrat der Jesiden in Deutschland« fest, der zwar den Mord an Arzu verurteilt hat, um sogleich jeden Zusammenhang zum jesidischen Brauchtum zurückzuweisen: »Es unterscheidet uns Jesiden nicht von anderen, dass es auch in unseren Reihen Menschen gibt, die verabscheuungswürdige Taten begehen.«

Die »Gesellschaft für bedrohte Völker« verzeichnet die Jesiden auf ihrer Liste der »bedrohten Gemeinschaften«. Die entscheidende Frage aber stellt dieser Verein, der – ganz in der Tradition der deutschen Romantik und der europäischen Bildungsreisenden des 19. Jahrhunderts stehend – die Welt als Zoo eingerichtet wissen will, in der westliche Reisende pittoreske Eingeborene im artgerechten Gehege betrachten können, die entscheidende Frage also stellen diese und andere Kulturrelativisten nicht. Sie lautet: Ist es gut oder nicht, wenn der jesidische Glaube das Zeitliche segnet?

Um nicht missverstanden zu werden: In ihrer Geschichte waren die Jesiden wieder und wieder brutaler Unterdrückung und grausamer Verfolgung ausgesetzt. Dem Völkermord an den Armeniern fielen auch Zehntausende Jesiden zum Opfer, heute noch werden sie im Irak, der Türkei, Syrien, Georgien und Armenien benachteiligt, zuweilen staatlich oder gesellschaftlich verfolgt. Diese Verfolgung ist durch nichts zu rechtfertigen. Aber sie rechtfertigt auch keinen Ehrenmord.

Jedes einzelne Menschenleben ist schützenswert. Aber längst nicht jedes Brauchtum.

Besser: Religiöses oder kulturelles Brauchtum, das sich zu modernisieren nicht imstande oder willens ist, verschwindet. Nicht durch Gewalt und Zwang, aber durch Arzus dieser Welt. Nur schützen muss man sie.

In Erinnerung an Celalettin Kesim

Noch vor ein paar Tagen hingen an der unscheinbaren Skulptur, die inmitten der Brache zwischen der Skalitzer und Kottbusser Straße in Berlin-Kreuzberg steht, rote, bereits verblühte Nelken. Inzwischen sind sie verschwunden. Gut zwei Wochen ist es her, dass sie jemand mit Klebestreifen befestigt hatte. Am 5. Januar nämlich, als sich dort vielleicht 50 Menschen versammelten. Eine Parallelgesellschaft. Denn nur wenige Kreuzberger dürften noch wissen, warum diese Menschen – ergraute türkische und eine Handvoll deutsche Linke – alljährlich an dieser Ecke zusammenkommen. Die Geschichte dahinter: ein politischer Mord. Der erste und für lange Zeit einzige, den Islamfaschisten hierzulande verübten.

Das Opfer hieß Celalettin Kesim. Er lebte seit 1973 in Berlin, arbeitete als Berufsschullehrer und war Sekretär eines Vereins namens Berliner Türkenzentrum,

Mitglied der Lehrgewerkschaft GEW sowie der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP).

Am Vormittag des 5. Januar 1980, es ist ein eiskalter Samstag, verteilt Kesim mit Freunden am Kottbusser Tor Flugblätter. Es kommt zu einem Streit mit einer Gruppe von Leuten aus der nahe gelegenen Mevlana-Moschee, die zur islamistischen Milli-Görüş-Bewegung gehört. In der Türkei herrschen damals bürgerkriegsähnliche Zustände, täglich liefern sich Anhänger der faschistischen Grauen Wölfe und Islamisten auf der einen und Linke auf der anderen Seite Schießereien, zuweilen auch konkurrierende linke Gruppen untereinander.

Zweimal sind Islamisten und Faschisten in jenen Jahren an Regierungen des konservativen Politikers Süleyman Demirel beteiligt. Die Unterschiede zwischen ihnen sind zweitrangig; es gilt, die gemeinsamen Feinde zu bekämpfen: die Kommunisten. Und diese Spannungen haben sich längst auf die Diasporatürken übertragen.

Nach dem Wortgefecht am Kottbusser Tor haben sich die TKP-Leute schon etwas zerstreut, als die Islamisten und Faschisten, »Allah, Allah!« rufend und mit Messern und Knüppeln bewaffnet, ihnen nachjagen. Kesim wird durch einen Messerstich an der Oberschenkelarterie verletzt. Seine Freunde können ihn bis an den Landwehrkanal tragen, wo er verblutet. Er hinterlässt eine schwangere Ehefrau und einen siebenjährigen Sohn.

»Der Krankenwagen kam viel zu spät. Das war den Deutschen egal, was die Türken untereinander machten«, sagen seine Freunde noch Jahre später. Und: »Die Grauen Wölfe waren Verbündete der deutschen Rechten.« Zumindest ist bekannt, dass ihr Führer Alparslan Türkeş ein geschätzter Gesprächspartner von CSU-Chef Franz Josef Strauß war. Und wer heute die minutiöse Dokumentation von Presseartikeln, Flugblättern und Reden durchblättert, die das Türkenzentrum ein paar Jahre danach herausgab, bemerkt die tatsächlich nur begrenzte Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit.

»Türken-Krieg mit Fleischermesser: 1 Toter«, meldet die *Bild* mit ein paar knappen Zeilen. Einige Berliner Politiker fordern Verschärfungen des Ausländerrechts, während die politischen Hintergründe des Mordes kaum interessieren. Anders die deutsche Linke. Über 10.000 Menschen laufen beim Trauerzug mit; die Zeitungsfotos zeigen Teilnehmer mit schwarzen und welche mit blonden Schnauzern. Die *taz* nennt Kesim »das erste Opfer faschistischer Gewalt im Nachkriegsberlin«, den wenige Tage zuvor an den Spätfolgen des Attentats verstorbenen Rudi Dutschke nicht berücksichtigend. »Verbot aller faschistischen Organisationen«, fordern die Demonstranten. Und: »Ausweisung aller Faschisten.«

Beides wäre heute unvorstellbar, das abschätzigste Desinteresse der *Bild* (»1 Toter«) ebenso wie der Umstand, dass Linke gleich welcher Herkunft Abschiebungen fordern. Doch wäre heute eine solche Forderung, alle grundsätzlichen Einwände einmal beiseite gelassen, auch sinnlos. Den hiesigen Islamisten kann man vielleicht, wie jüngst der marokkanischstämmige Bürgermeister von Rotterdam, Ahmed Aboutaleb, ein zorniges »Haut doch ab!« zurufen. Aber außer ein paar Hinterwäldlern in Dresden und einigen in der CSU weiß inzwischen jeder, dass viele von ihnen deutsche Staatsbürger sind und manche zudem Sven, Bernhard oder Ronny heißen.

Die Salafisten samt ihrer dschihadistischen Abteilung sind eine inländische Subkultur. Gleichwohl sehen sie sich als Teil einer kämpfenden weltweiten Bewegung. Das führt

zurück zu Kesim: Sein Tod hatte nicht nur mit Spannungen in der Türkei zu tun, sondern stand zugleich im Zusammenhang mit einem globalen Konflikt, von dem eine direkte Linie zum Dschihadismus der Gegenwart weist: dem Afghanistankrieg.

Wenige Tage vor der Attacke, am 25. Dezember 1979, war die Sowjetunion in Afghanistan einmarschiert. Im Folgenden bildete sich eine einzigartige Allianz: Von Ronald Reagan zu Michel Foucault, von der *taz* bis zur *Bild* leistete man ideelle oder materielle Unterstützung für die islamistischen Mudschaheddin, aus denen später die Taliban und al-Qaida hervorgehen sollten. Auf der Seite des linken Putschistenführers Babrak Karmal hingegen stand die Sowjetunion; politische Sympathien genoss er allein unter den Vasallenparteien der KPdSU, also etwa der DKP oder der TKP.

In den Flugblättern, die Kesim und seine Genossen an jenem Januarmorgen verteilen, warnen sie vor einem Putsch in der Türkei. Und sie rufen zur Solidarität mit der Roten Armee auf. Ehe es zum Angriff kommt, stehen sich beide Gruppen gegenüber. »Die Sowjets sind die Freunde der Völker!«, rufen die einen. »Russen raus aus Afghanistan!«, antworten die anderen. Und: »Wer Allah liebt, schlage zu!«

Einer der angeklagten Angreifer wird freigesprochen, der andere, der sich im Prozess als »geistiger Führer« von Milli Görüş in Berlin bezeichnet, wird wegen »Landfriedensbruchs und Beteiligung an einer Schlägerei« verurteilt. Das Gericht hält ihm strafmildernd zugute, dass er »nach seiner ganzen Ideenwelt an eine gute Sache geglaubt« habe, auch wenn »diese dem hiesigen Denken fremd« sei.

Im Folgenden verlieren die politischen Kategorien, die 1980 zählen, an Bedeutung und verschwinden mit der Zäsur von 1989 fast völlig. Spätestens mit den Anschlägen zu Beginn der Neunzigerjahre wird der Antirassismus zum zentralen Bestandteil des linken und linksliberalen Selbstverständnisses. Womöglich ist dies ein Grund dafür, dass Kesims Schicksal in Vergessenheit gerät – viel stärker als das von Kemal Cemal Altun, der 1983 angesichts seiner drohenden Auslieferung an die Türkei mit einem Sprung aus einem Berliner Gerichtsgebäude Suizid verübt hatte.

Nach einem Ereignis, bei dem abermals eine Verbindung nach Afghanistan führt, dem 11. September 2001 nämlich, verschiebt sich wieder etwas. In der öffentlichen Wahrnehmung werden nun Ausländer zu Andersgläubigen und Türken zu Muslimen. Das zeigt sich schon in den gängigen Statistiken, in denen von der ethnischen Herkunft auf die Religion geschlossen wird, weshalb von weltweit 1,6 Milliarden und deutschlandweit 4,25 Millionen Muslimen die Rede ist. Für die Kesims von heute, die Sozialisten, Liberale, Sozialdemokraten, Anarchisten oder von allem ein bisschen oder etwas ganz anderes sind, aber keine Muslime, auch keine »säkularen Muslime«, ist in dieser Wahrnehmung kein Platz.

Anfang der Neunzigerjahre wurde auf Initiative eines Kreuzberger Lehrers die eingangs erwähnte Skulptur aufgestellt. Verziert ist sie mit einer Zeile aus einem Gedicht von Nazim Hikmet: »Sie sind die Feinde der Hoffnung, Geliebte.« Weitere 15 Jahre später ließ die Bezirksverwaltung dort ein paar Bänke aufstellen. So ist aus dieser Ecke ein kleiner Platz entstanden. Ob aus Zufall oder aus Überlieferung – noch die ersten Berliner Solidaritätskundgebungen für die Gezi-Protteste, deren Teilnehmer 1980 zumeist noch gar nicht geboren waren, fanden hier statt. Nur einen Namen hat der Platz nicht.